



MdB Alexander Föhr

Bericht aus Berlin

November 2024



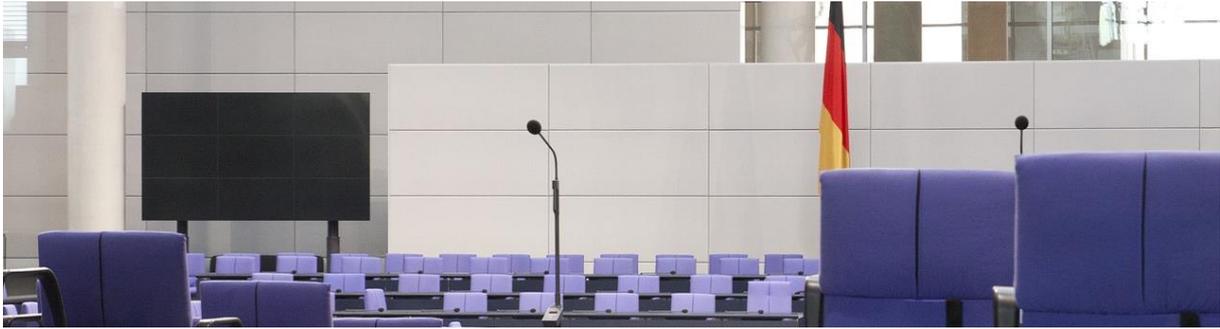
Liebe Leserinnen und Leser,

die Ampelregierung ist Geschichte. Nach monatelangem Hickhack ist die FDP kein Teil der Regierung mehr und Kanzler Scholz verliert seine Mehrheit im Parlament. Anstatt jetzt schnellstmöglich Neuwahlen zu ermöglichen, will Olaf Scholz jedoch bis März oder April ohne Mehrheit und Haushalt weiterregieren. Und das in einer Zeit, in der sich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger schon längst von „ihrem“ Kanzler abgewendet hat, unsere Wirtschaft auf Talfahrt ist und die internationalen Herausforderungen gewaltig sind. Dieses Verhalten macht mich fassungslos. Deutschland braucht einen Kurswechsel und die Union steht bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Meinen Kommentar zum Zusammenbruch der Ampelregierung und wie es weitergehen kann, zur Wahl von US-Präsident Donald Trump und zu 35 Jahre Mauerfall lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Ihr

Alexander Föhr



Neuwahlen jetzt!

Kanzler muss den Weg freimachen

Die unbeliebteste Bundesregierung aller Zeiten ist Geschichte. Anstatt sich in der Hoffnung auf bessere Umfragewerte und mehr Zeit für die Wahlkampfzubereitung bis März oder gar April durchzuwurschteln, brauchen wir jetzt unverzüglich Neuwahlen. Das Hinhalten als Verantwortungsbewusstsein verkaufen zu wollen ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Für diese taktischen Spielchen, die Olaf Scholz bereits in Hamburg und als Finanzminister betrieben hat, stehen wir als Union nicht zur Verfügung. Wir brauchen eine Regierung mit Legitimation, Kompass und Gestaltungswillen. Als Insolvenzverschlepper und Mehrheitsbeschaffer für eine rot-grüne Trümmerkoalition stehen wir nicht zur Verfügung.

Für mich als Mitglied im Gesundheitsausschuss ist klar: Für das Gesundheitswesen ist die Legislatur beendet. Keines der verbleibenden Gesetze wird es durch den Bundestag schaffen. Es rächt sich einmal mehr, dass Karl Lauterbach es nie geschafft hat, seine Zeitpläne einzuhalten. Der 6. November ist damit auch der traurige Schlusspunkt einer Koalition, die Gesundheitsfragen nie zu einer echten Priorität gemacht hat. Nachhaltige Finanzierungsreformen für die Krankenkassen und die Pflege haben SPD, Grüne und FDP drei Jahre lang verschleppt, nun entfallen sie völlig. Gleiches gilt für die längst überfällige Apothekenreform oder die Neuordnung der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes.

Eine projektbezogene Zusammenarbeit mit den Ampel-Trümmern wird es in der Gesundheitspolitik nicht geben. Dafür mangelt es am gemeinsamen inhaltlichen Konsens. Der Umgang der Ampel-Fraktionen mit uns als Opposition in den letzten Jahren hat gezeigt, dass nie ein Interesse an ernsthafter inhaltlicher Zusammenarbeit bestand – im Gegenteil. Dabei steht unserem Gesundheitswesen eine neue Belastungsprobe bevor, und das nach drei ohnehin enttäuschenden Ampel-Jahren. Das Gesundheitswesen braucht dringend einen neuen Politikstil. Meine Fraktion und ich stehen dafür bereit. Eine monatelang handlungsunfähige Minderheitsregierung können wir uns jetzt nicht leisten. Ohne Haushalt und ohne parlamentarische Mehrheit ist kein Staat zu machen – und ohne das Vertrauen der Bevölkerung erst recht nicht.



USA-Wahlen

Trump-Präsidentschaft muss „Neustart Zeitenwende“ zur Folge haben

Seit Mittwochvormittag deutscher Zeit steht fest: In freien und fairen Wahlen hat die älteste Demokratie der Welt entschieden, Donald Trump wird der 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich hoffe darauf, dass er seine Amtsführung nicht ausschließlich am Wohle des eigenen Landes ausrichten, sondern stets auch das Wohl und die Sicherheit der freien Welt im Blick behält. Die zunehmende Zahl an Autokraten weltweit darf sich nicht bestärkt sehen. Der „Achse des Terrors“ aus Russland, den Mullahs im Iran und Kim Jong-Uns-Nordkorea darf kein weiterer Raum zur Entfaltung geboten werden.

Diese Wahl betrifft Europa und betrifft Deutschland in ganz erheblichen Maße. Das transatlantische Bündnis ist die Quelle unserer Sicherheit und eines bedeutenden Teils unseres Wohlstands. Wir pflegen enge Beziehungen zu den USA – auf allen Ebenen. Im Bund, in den Ländern, Regionen, über unsere Städtepartnerschaften, Studenten- und Schüleraustausch. Grundsätzlich mache ich mir daher über die Belastbarkeit dieser Verbindung keine Sorgen.

Wir werden uns auf die neue US-Administration einstellen müssen und auch weiterhin als Partner zusammenarbeiten. Unser Land ist eine Industrie-, Wirtschafts- und Exportnation. Die USA sind nicht nur unser wichtigster NATO-Verbündeter. Die USA sind ebenfalls unser wichtigster Handelspartner. 2023 wurden Güter im Wert von 157,9 Milliarden Euro aus Deutschland in die USA exportiert, 10 Prozent der deutschen Exporte.

Eine US-Administration unter Donald Trump wird unser Land herausfordern. Ein höheres Engagement für die eigene Sicherheit und für Europa. Ein höheres Engagement für den Erhalt einer unabhängigen und freien Ukraine. Die von Noch-Kanzler Scholz angekündigte und nie vollständig umgesetzte Zeitenwende braucht einen Neustart. Deutschland muss fähig sein sich selbst zu verteidigen – so schnell wie nur möglich. Dafür gilt es die Weichen richtig zu stellen. Die Union ist dafür bereit.



35 Jahre Mauerfall – 35 Jahre Freiheit

Verantwortung und Auftrag

Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 öffnete sich für die Menschen der ehemaligen DDR das Tor zur Freiheit. Die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in der DDR und in Osteuropa ist ein Meilenstein der europäischen Freiheitsgeschichte. Der dadurch möglich gewordene Prozess der europäischen Integration eröffnete vielen Menschen ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Aus dieser Erfahrung und Dankbarkeit erwächst die Verantwortung, auch heute denen in Europa zur Seite zu stehen, die noch immer um ihre Freiheit kämpfen – etwa den mutigen Menschen in Belarus.

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Den Menschen, die in der SED-Diktatur aus Überzeugung und unter Einsatz ihres Lebens oder Inkaufnahme von Repressionen mutig Widerstand geleistet haben, gebührt Hochachtung und Wertschätzung. Noch immer leiden viele Opfer unter den Folgen von politischer Verfolgung, Zersetzung und Repression. Und noch immer gibt es gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Anerkennung der Opfer.

Die Bundesregierung hätte endlich tätig werden und ihre dazu vereinbarten Ziele zur Vollendung der inneren Einheit umsetzen müssen. Was hinderte sie daran, die Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur zu erleichtern und einen bundesweiten Härtefallfonds einzurichten? Was hinderte die Bundesregierung daran, die Bundesstiftung Aufarbeitung zu stärken und der Geschichte der Demokratie in Deutschland und ihren Orten mehr Sichtbarkeit zu verleihen? Zu all diesen Themen haben wir in dieser Woche einen eigenen [Antrag](#) eingebracht – auch, um die Bundesregierung an die bisher nicht umgesetzten Versprechen ihres Koalitionsvertrages zu erinnern.



Neue Energie-Agenda für Deutschland

Bezahlbar, sauber, sicher – Energiepolitik für ein klimaneutrales Industrieland

Am Dienstag haben wir im Bundestag unser Energiekonzept für ein klimaneutrales Industrieland vorgestellt. Sie steht für das größte zusammenhängende Infrastruktur-Investitionsprojekt in der Geschichte unseres Landes. Damit könnten wir Deutschland als Industrieland stärken und bis 2045 klimaneutral machen. Deindustrialisierung ist nicht der Weg der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Klimapolitik. Wirtschaft, Energie und Klima zusammen zu denken ist unser Anspruch. Sauberkeit, Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung sind kein Nullsummenspiel, sondern können als gleichrangige Ziele nur im Zusammenspiel erreicht werden.

Das erfordert auf dem Weg zum klimaneutralen Industrieland und zur Stärkung von Mittelstand und Handwerk eine Verbesserung der Energieeffizienz, den systemdienlichen weiteren Ausbau aller erneuerbaren Energien sowie von steuerbaren Kraftwerken und Speichern. Auch der Aus- und Umbau der Übertragungs- und der Verteilnetze sowie die Errichtung einer Wasserstoff- und einer CO₂-Infrastruktur sind von großer Bedeutung für den Energiestandort Deutschland. Den Emissionshandel wollen wir international voranbringen und in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales Klimainstrument stärken. Wir wollen mehr Länder außerhalb der EU für eine CO₂-Bepreisung gewinnen. Es gilt die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu verbessern, anstatt nur einzelne per Subventionsbescheid zu unterstützen. Wir wollen, dass die Energiewende auch wirtschaftlich ein Erfolg wird.

Unser Diskussionspapier für eine neue Energie-Agenda für Deutschland finden Sie [hier](#). Schauen Sie gerne rein.



Termine im Wahlkreis

Liebe Leserinnen und Leser,

wir befinden uns gerade in einer sogenannten „Doppel-Sitzungswoche“. Wenn Sie den Newsletter erhalten, bin ich auf den Weg in den Wahlkreis, zur Familie. Jedoch geht es bereits am Sonntag zurück nach Berlin – zur zweitägigen Klausurtagung der Arbeitsgruppe aller Gesundheitspolitiker der CDU/CSU-Fraktion.

Zuvor stehen am Samstag noch zwei Termine im Kalender: der Bezirksparteitag der CDU-Nordbaden sowie die Winterfeier des TV Schlierbach. Der Rest der diesmal knapp bemessenen Zeit am Wochenende ist für die Familie reserviert.

„Doppel-Sitzungswoche“ bedeutet auch, dass Sie bereits nächsten Freitag, am 15. November, den nächsten Newsletter erhalten. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine gute Zeit und ein schönes Wochenende!



MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: alexander.foehr@bundestag.de

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: alexander.foehr.wk@bundestag.de

Telefon: 06221 608080